

Pressemitteilung vom 19.09.2018

Die Landesregierung hat ihn bereits und der Hessische Städtetag empfiehlt ihn seinen Mitgliedskommunen:

AfD will Antisemitismusbeauftragten für Stadt Offenbach

In einem Antrag an die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung regt die AfD-Fraktion die Einrichtung der Stelle eines Antisemitismusbeauftragten an und folgt damit dem Beispiel der Landesregierung sowie einem aktuellen Aufruf des Hessischen Städtetages.

Ebenso wie die AfD, "verurteilen die Städte in Hessen jegliche Form des Antisemitismus", so der Präsident des Hessischen Städtetages, Uwe Becker. Zur Erinnerung: In der vergangenen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung war die AfD bereits Impulsgeber für die Verabschiedung einer Resolution, die die zunehmenden Übergriffe moslemischer Jugendlicher auf den Rabbiner der Jüdischen Gemeinde in Offenbach scharf verurteilte.

„Aufgrund des Beispiels der Landesregierung und der Empfehlung des Hessischen Städtetages erhofft sich die AfD erneut eine fraktionsübergreifende, und damit breite Zustimmung aller Demokraten im Stadtparlament hinsichtlich ihrer Anregung“, so deren Sprecherin und Direktkandidatin zur Landtagswahl am 28. Oktober, Christin Thüne.

Gemäß den Anregungen des Städtetagspräsidenten und den Vorstellungen der AfD, könnte der Antisemitismusbeauftragte die Kommune in Zusammenarbeit mit den Ordnungsbehörden bei der Bekämpfung, Verfolgung und Erfassung von antisemitisch motivierten Straftaten, den Opferschutz unterstützen und die Stärkung der Zivilgesellschaft voranbringen. Dieser soll der Stadtverordnetenversammlung einmal jährlich über seine Tätigkeit Bericht erstatten.

Thüne: „Es ist erneut an der Zeit, sich dem in den letzten Jahren wieder verstärkt aufkeimenden Antisemitismus entschieden entgegenzustellen.“